

# LANDRATSAMT KYFFHÄUSERKREIS

Landratsamt Kyffhäuserkreis Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung				
Eing: 06. Nov. 2023 519				
Obi	Sp	So	LG	RS
Du	Tre	Bö	Schr	Tech



Landratsamt Kyffhäuserkreis Postfach 1165 99701 Sondershausen  
(BV/BA)

## Mit Zustellungsurkunde

Landkreis Kyffhäuser, vertr.d.d. Landrätin  
vertr.d.d. Landratsamt, vertr.d.d. Landrätin  
vertr.d. Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung  
Markt 8  
99706 Sondershausen

Amt	Bauverwaltung
Dienstgebäude	99706 Sondershausen Markt 8
Auskunft erteilt	Kreutz, Barbara
Telefon	741-548
Telefax	741-88601
E-Mail	bauverwaltung@kyffhaeuser.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Geschäftszeichen

Sondershausen,

III.2.2 - 632.2-02300311/21

01.11.2023

## BAUGENEHMIGUNG im Verfahren nach § 63 Thüringer Bauordnung

Antragsteller: Landkreis Kyffhäuser, vertr.d.d. Landrätin  
vertr.d.d. Landratsamt, vertr.d.d. Landrätin  
vertr.d. Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung, Markt 8, 99706  
Sondershausen

Baugrundstück: Kyffhäuserland, OT Bendeleben, Burgstraße 3

Planverfasser: DGJ Architektur GmbH, 60594 Frankfurt am Main, Walter-Kolb-Straße 22

Gemarkung, Flurstück: Bendeleben 5-311/1

Sonderbauten: Neubau zweizügige Grundschule mit Sporthalle

Antrag vom: 05.07.2023

Auf Antrag wird Ihnen nach § 71 der Thüringer Bauordnung (ThürBO) unbeschadet der privaten Rechte Dritter die Genehmigung erteilt, das o. g. Bauvorhaben entsprechend den beigefügten, mit Genehmigungsvermerk versehenen Bauvorlagen unter Beachtung und Einhaltung der nachfolgenden Nebenbestimmungen auszuführen.

Gemäß § 3 Thüringer Verwaltungskostengesetz wird keine Gebühr erhoben.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landratsamt Kyffhäuserkreis erhoben werden. Der Widerspruch kann schriftlich oder zur Niederschrift beim Landratsamt Kyffhäuserkreis, Markt 8, 99706 Sondershausen, eingelegt werden.

im Auftrag  
  
Striene  
Sachgebietsleiter Bauaufsicht/Denkmalschutz

Stempel

Landratsamt Kyffhäuserkreis  
Bauverwaltungsamt  
Markt 8 • PF 11 65  
99701 Sondershausen

Anlagen und Verteiler (siehe Rückseite)

Hausadresse  
Landratsamt Kyffhäuserkreis  
Markt 8  
99706 Sondershausen

Telefon-Nr. 03632 741-0  
Telefax-Nr. 03632 741-135  
Internet [www.kyffhaeuser.de](http://www.kyffhaeuser.de)  
E-Mail [landratsamt@kyffhaeuser.de](mailto:landratsamt@kyffhaeuser.de)

Bankverbindung  
IBAN: DE58 8205 5000 3100 0059 28  
SWIFT-BIC: HELADEF1KYF

**Anlagen:**

Nebenbestimmungen zur Baugenehmigung  
Hinweise zur Baugenehmigung  
Antragsunterlagen  
Anzeige Baubeginn  
Anzeige Nutzungsaufnahme  
Prüfbericht Brandschutz Nr. 09/2023 vom 31.08.2023

**Verteiler:**

Bauherr 2. Ausfertigung  
Stadt/Gemeinde 3. Ausfertigung  
Bauberufsgenossenschaft 1. Seite  
Finanzamt Sondershausen 1. Seite  
z. d. A. 4. Ausfertigung

Die Erteilung der Baugenehmigung wird gemäß § 69 der Thüringer Bauordnung im amtlichen Veröffentlichungsblatt öffentlich bekannt gemacht.

## **I. NEBENBESTIMMUNGEN zur Baugenehmigung**

1. Für die Bauausführung sind allein die bauaufsichtlich genehmigten Bauvorlagen, der Lageplan nach § 7, die Bauzeichnungen nach § 8 und die Baubeschreibung nach § 9 ThürBauVorlVO maßgebend. Abweichungen des Standsicherheitsnachweises nach § 10 ThürBauPrüfVO von den zuvor genannten genehmigten Bauvorlagen verschaffen auch dann kein Recht zur abweichenden Bauausführung, wenn die Bauaufsichtsbehörde diesen Mangel übersehen hat. Nach § 54 Abs. 2 ThürBO bleibt der Entwurfsverfasser für das ordnungsgemäße Ineinandergreifen aller Fachentwürfe verantwortlich.
2. Die Stellungnahmen/Zustimmungen anderer Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange und Zweckverbänden sind Bestandteil der Baugenehmigung und bei der Bauausführung einzuhalten:

### 2.1) Einvernehmen Untere Denkmalschutzbehörde

Der Schulneubau ist im Umgebungsschutzbereich von Orangerie und Park im Ortskern von Bendeleben geplant. Orangerie und Park sind als Einzeldenkmale gem. § 2 Abs. 1 Thüringer Denkmalschutzgesetz ausgewiesen. In der weiteren Umgebung befindet sich die Denkmale Kirche und Gut Bendeleben.

Aus Sicht der Baudenkmalpflege bestehen gegen das Vorhaben grundsätzlich keine Bedenken, da ein ausreichender Achtungsabstand zu den v.g. Denkmalen besteht und die ortsbildprägende Sandsteinmauer als östliche Einfriedung des Schulgrundstückes erhalten bleibt.

Die Planungsunterlagen sehen derzeit keine Dachaufbauten vor. Planungsergänzungen und Planänderungen sind dementsprechend rechtzeitig mit der Denkmalfachbehörde gesondert abzustimmen.

Gleiches gilt für die Ausführungsplanung der Freiflächengestaltung.

Hinsichtlich evtl. vorgesehener Tiefenbohrungen für eine Wärmepumpe bestehen denkmalfachliche Bedenken zum vorherrschenden Untergrund (hydrologische Verhältnisse; evtl. Gips). Veränderungen könnten sich ggf. negativ auf die in der Umgebung befindlichen Denkmale auswirken.

Unmittelbar nach dem Abriss des Gebäudebestandes und der oberflächigen Beräumung von Ablagerungen machen sich archäologische Voruntersuchungen zur Ermittlung möglicher Befunde erforderlich. Dazu ist mit dem Thüringischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie

in Weimar eine denkmalpflegerische Zielstellung zu erarbeiten, in der die Maßnahmen abgestimmt werden. Kontakt: Dr. Robert Knechtel (Gebietsreferent),  
E-Mail [Robert.Knechtel@tlda.thueringen.de](mailto:Robert.Knechtel@tlda.thueringen.de).

Die Untere Denkmalschutzbehörde ist zur Entscheidung über den Erlaubnisantrag gemäß § 22 Abs. 3 und § 23 Abs. 1 ThürDSchG sachlich sowie gemäß § 3 Abs. 1 ThürVwVfG örtlich zuständig.

Die Zustimmung war nach § 13 Abs. 1 Nr.2 ThürDSchG § 13 Abs. 1 Nr. 3 ThürDSchG zu erteilen. Nach dieser Vorschrift bedarf insbesondere einer Erlaubnis, wer in der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals Anlagen errichten, verändern oder beseitigen will, wenn sich dies auf den Bestand oder das Erscheinungsbild des Kulturdenkmals auswirken kann, wer Erdarbeiten an einer Stelle vornehmen will, von der bekannt ist oder vermutet wird oder den Umständen nach anzunehmen ist, dass sich dort Kulturdenkmale befinden..

Die nach § 14 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit Satz 4 ThürDSchG für die Entscheidung erforderliche fachliche Stellungnahme wurde durch das Thüringische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie am 11.09.2023 erteilt.

Die Einschränkung der Zustimmung durch die erteilten Auflagen ergeht auf der Grundlage des § 12 Ab. 2 und § 14 Abs. 2 ThürDSchG. Sie ist erforderlich, um eine Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes der Kulturdenkmale zu vermeiden und archäologische Funde und Befunde zu sichern.,

## 2.2) Stellungnahme LRA Kyffhäuserkreis, Untere Wasserbehörde

Mit Datum vom 9.10.2023 wurde ein überarbeiteter Freiflächenplan vorgelegt, der nunmehr die Forderungen hinsichtlich der Niederschlagswasserbeseitigung erfüllt. Auf dieser Grundlage wurde mit Datum vom 16.10.2023 die wasserrechtliche Erlaubnis erteilt.

Zur Schmutzwasserbeseitigung ist folgende Auflage in die Baugenehmigung zu übernehmen: Bis zum Anschluss an eine zentrale Abwasserbehandlungsanlage ist die Nutzung der vorhandenen Kleinkläranlage als Interimslösung vorgesehen. Die untere Wasserbehörde stimmt dem zu, wenn vor Baubeginn der Nachweis vorgelegt wird, dass die vorhandene Kleinkläranlage hinsichtlich des baulichen Zustandes geeignet sowie eine ausreichende Reinigungskapazität vorhanden ist.

## 2.3) Stellungnahme LRA Kyffhäuserkreis, Untere Abfallbehörde/Abfallwirtschaft

Anfallende Abfälle sind getrennt zu halten (Vermischungsverbot) und zu deklarieren. In Abhängigkeit von der Schadstoffbelastung sind diese Abfälle den entsprechenden Abfallschlüsselnummern (AS) gemäß Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV) zuzuordnen. Nach Art und Beschaffenheit werden die Abfälle in gefährliche und nicht gefährliche Abfälle eingestuft.

Der Nachweis der Entsorgung der anfallenden Abfälle erfolgt gemäß den Regelungen der Nachweisverordnung (NachwV). Die Belege über die Entsorgung sind drei Jahre aufzubewahren und auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen.

Nicht gefährliche Abfälle zur Beseitigung sind gemäß § 17 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) i. V.m. § 3 Thüringer Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (ThürAGKrWG) dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger – hier dem Landkreis Kyffhäuser – zur Entsorgung zu überlassen. Spezielle Festlegungen in der Satzung des Landkreises sind zu beachten.

Das Grundstück ist gemäß § 9 Kreislaufwirtschaftssatzung des Kyffhäuserkreises vom 06.09.2018 zur Entsorgung von hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen. Dazu ist beim Landratsamt Kyffhäuserkreis, Amt für Umwelt, Natur und Wasserwirtschaft, ein entsprechendes Abfallgefäß zu bestellen.

Für den Vollzug und die Überwachung der Entsorgung von gefährlichen Abfällen ist das Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz, Außenstelle Weimar, Dienstgebäude 1, Ref. 64, Harry-Graf-Kessler-Str. 1, 99423 Weimar, zuständig.

## 2.4) Stellungnahme LRA Kyffhäuserkreis, Untere Naturschutzbehörde

- Alle an und in Gebäuden brütenden Vögel wildlebender Arten sind geschützt. Beeinträchtigungen bedürfen einer naturschutzrechtlichen Genehmigung, welche nicht durch die baurechtliche Genehmigung abgedeckt wird. Sollten zudem während der Abrissmaßnahmen Vorkommen geschützter Tierarten wie Fledermäuse, Hornissen u. a. festgestellt werden, sind die Arbeiten umgehend zu unterbrechen, und die untere Naturschutzbehörde ist zu informieren. Grundsätzlich bedürfen Beeinträchtigungen geschützter Tierarten einer entsprechenden naturschutzrechtlichen Genehmigung. Ungenehmigte Beeinträchtigungen geschützter Tierarten sind mit Bußgeld bedroht bzw. sind u. U. als Straftat zu verfolgen.
- Notwendige Gehölzbeseitigungen sind in der Zeit vom 01.03. bis 30.09. eines jeden Jahres nach § 39 Abs. 5 BNatSchG verboten. Zwingend notwendige Fällungen innerhalb dieses Zeitraums bedürfen einer Befreiung durch die untere Naturschutzbehörde und des Nachweises, dass keine belegten Brutstätten vorhanden sind. Unter anderem sind alle heimischen Singvogelarten geschützt. Beeinträchtigungen geschützter Arten, deren Lebensstätten und Entwicklungsformen sind verboten. Nicht zu vermeidende Beeinträchtigungen geschützter Arten bedürfen zusätzlich einer artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG, welche ebenfalls bei der unteren Naturschutzbehörde zu beantragen ist. Beide Genehmigungen sind unabhängig vom Bauantrag und einer ggf. erforderlichen Genehmigung für Baumfällungen einzuholen. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung besteht nicht.
- Besitzt die Kommune eine Baumschutzsatzung, ist bei ggf. notwendigen Gehölzbeseitigungen (Bäume) bei dieser eine Genehmigung einzuholen.

## 2.5) Stellungnahme LRA Kyffhäuserkreis, Untere Immissionsschutzbehörde

### Bauausführung

Baustellen sind so zu errichten und zu betreiben, dass vermeidbare Belästigungen nicht entstehen. Am Baugeschehen beteiligte Personen haben sich so zu verhalten, dass schädliche Umwelteinwirkungen vermieden werden, soweit dass nach den Umständen des Einzelfalles möglich und zumutbar ist (§ 14 (1) Thür. Bauordnung; § 22 (1) BImSchG).

Während der Bauphase ist sicherzustellen, dass die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschimmission (AVV Baulärm) festgesetzten Immissionsrichtwerte für die betroffenen Gebiete entsprechend ihrer tatsächlichen Art der baulichen Nutzung während der Tagzeit und vor allem während der Nachtzeit eingehalten werden. Dabei gilt als Nachtzeit in der AVV Baulärm die Zeit von 20.00 Uhr bis 7.00 Uhr.

### Errichtung und Betrieb von Wärmepumpen

Wärmepumpen strahlen Lärm in Form von Schall ab (Luftschall, Körperschall). Hauptquellen sind Verdichter, Ventilatoren und Rohrleitungen.

Um Lärmbelästigungen zu minimieren, sind grundsätzlich nur lärmarm konstruierte Wärmepumpen unter Berücksichtigung aller Schallschutzmaßnahmen nach dem Stand der Technik einzusetzen.

Die durch die Nutzung des Gesamtobjektes verursachte Geräuschemissionen dürfen nicht zu einer Überschreitung der folgenden Immissionsrichtwerte führen:

- tags (6.00 Uhr bis 22.00 Uhr):  $L_r$ : 60 dB(A)
- nachts (22.00 Uhr bis 6.00 Uhr):  $L_r$ : 45 dB(A)

jeweils 0,5 m vor dem geöffneten, vom Lärm am stärksten betroffenen Fenster eines schutzbedürftigen Raumes der benachbarten Wohnbebauungen.

Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen die Immissionsrichtwerte am Tage um nicht mehr als 30 dB(A) und in der Nacht um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass bei Überschreitung der zulässigen Lärmimmissionswerte die nachträgliche Anordnung von Schallschutzmaßnahmen möglich ist.

## 2.6) Stellungnahme LRA Kyffhäuserkreis, Untere Bodenschutzbehörde/Altlasten

Nach § 4 Abs. 1 - 3 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) hat sich jeder, der auf den Boden einwirkt, so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden. Unter diesem Gesichtspunkt sind nachfolgende Vorsorge- und Schutzmaßnahmen bei der Planung und Ausführung der Baumaßnahme zu berücksichtigen:

- Beim Umgang mit Baumaschinen sowie Betriebs- und Hilfsstoffen ist darauf zu achten, dass keine Schadstoffe in das Erdreich gelangen.
- Mutterböden (humushaltige Oberböden) sind gesondert aufzunehmen und getrennt von übrigen Erdstoffen zu lagern. Die Zwischenlagerung und die Umlagerung von Bodenmaterial auf Grundstücken im Rahmen der Errichtung oder des Umbaus von baulichen und betrieblichen Anlagen unterliegen nicht den Regelungen des § 12 der Bundes-Bodenschutz-Verordnung (BBodSchV), wenn das unbelastete Bodenmaterial am Herkunftsort wieder verwendet wird.
- Baumaßnahmen haben so zu erfolgen, dass Einwirkungen auf Grund und Boden auf das nötigste Maß beschränkt werden. Für Flächenversiegelungen (Stellflächen etc.) wird in Abhängigkeit von der Nutzung und wasserrechtlicher Belange eine wasserdurchlässige Bauweise empfohlen.
- Bei der Verwendung von Recyclingbaustoffen sind die Forderungen und Vorsorgewerte der Bundes-Bodenschutz-Verordnung (BBodSchV) einzuhalten.
- Abfälle und nicht verwertbare Erdstoffe sind entsprechend den Forderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) zu entsorgen.

Sollten sich Verdachtsmomente für das Vorliegen bisher nicht erkannter bzw. voraussehbarer schädlicher Bodenveränderungen oder einer Beeinträchtigung anderer Schutzgüter (Luft/Wasser) ergeben, so sind diese im Rahmen der Mitwirkungspflicht sofort der Unteren Bodenschutzbehörde anzuzeigen, um gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen einzuleiten.

## Rechtsvorschriften

- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert am 09.12.2004 (BGBl. I S. 3214))

- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12.07.1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert am 23.12.2004 (BGBl. I S. 3758)

## **Brandschutz:**

3. Der Prüfbericht Nr. 09/2023 vom 31.08.2023 zur Prüfung des Nachweises des Brandschutzes ist einzuhalten.
4. Gemäß § 16 ThürBO in Verbindung mit der Bekanntmachung des Thüringer Innenministeriums in der derzeit geltenden Fassung über die Einführung von Technischen Baubestimmungen dürfen nur Bauprodukte und Einrichtungen verwendet werden, die den allgemein anerkannten Regeln der Technik, insbesondere den bauaufsichtlich eingeführten Technischen Baubestimmungen entsprechen. Sollen nicht geregelte Bauprodukte verwendet werden, müssen diese eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung haben.
5. An den allgemein zugänglichen Verkehrsflächen angeordnete Glasflächen und Glastüren, die bis zum Fußboden herabreichen, sind gemäß § 37 Abs. 2 ThürBO so zu kennzeichnen, dass der infolge der Durchsichtigkeit gegebenen Unfallgefahr entgegengewirkt wird. Die Kennzeichnung kann durch Einschliff im Glas selbst, durch Bemalung oder Aufkleben von Folien erfolgen. Alternativ ist die Anbringung von Geländern oder Querholmen bzw. von türbreiten Handgriffen geeignet der Kennzeichnungspflicht zu genügen.
6. Das Vorhaben ist nach der geprüften Statik auszuführen.
7. Fensterlosen Toilettenräume sind nur mit wirksamer Lüftung zulässig.
8. „Nach § 51 Satz 3 Nr. 23 ThürBO sind Prüfbescheinigungen eines Prüfsachverständigen für technische Anlagen und Einrichtungen über die Wirksamkeit und Betriebssicherheit der in § 2 Thür. Verordnung über die Prüfung technischer Anlagen und Einrichtungen in Gebäuden (ThürTech-PrüfVO) angeführten Anlagen und Einrichtungen erforderlich. Auf § 2 Abs. 4 ThürTechPrüfVO wird verwiesen.“
9. Sämtliche begehbaren Decken, Dächer und sonstigen Flächen wie z. B. Treppen usw., von denen aus die Gefahr eines Absturzes besteht, sind gemäß § 38 ThürBO aus Gründen der Verkehrssicherheit zu umwehren.
10. Bei der Ausführung der Umwehrungen sind die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu beachten und einzuhalten.
11. Die bauliche Anlage darf gemäß § 81 Abs. 2 ThürBO erst benutzt werden, wenn die Nutzungsaufnahme fristgemäß der Bauaufsichtsbehörde angezeigt wurde.

Mit der Anzeige ist folgende Bescheinigung vorzulegen:

- Bescheinigung über die Bauausführung hinsichtlich des geprüften Brandschutznachweises (in Abstimmung mit der zuständigen Brandschutzdienststelle)
- Bescheinigung des Prüfstatikers über die Bauausführung hinsichtlich des geprüften Standsicherheitsnachweises
- Nachweise, dass die Lüftung in den fensterlosenden Toilettenräumen den lüftungstechnischen Mindestanforderungen entspricht.

- Fachunternehmerbescheinigungen der anderen Gewerke (z. B. Lüftung, Elektro)
- Abnahmebescheinigung der Aufzugsanlagen (TÜV)
- Bescheinigung des Bauherrn und des bestellten Unternehmers aus der hervorgeht, dass die Bauausführung den genehmigten Bauvorlagen entspricht und die Baumaßnahmen unter Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften, insbesondere der technischen Baubestimmungen, ausgeführt wurde.

## II. KOSTENFESTSETZUNG mit Begründung

Die Genehmigung ergeht gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 ThürVwKostG gebührenfrei.

Die Erteilung der Baugenehmigung wird gemäß § 69 der Thüringer Bauordnung im amtlichen Veröffentlichungsblatt öffentlich bekannt gemacht. Die für die Veröffentlichung in der Presse entstehenden Auslagen werden Ihnen zu gegebener Zeit in Rechnung gestellt. Insofern ist die Kostenfestsetzung nicht abschließend.

## III. HINWEISE zur Baugenehmigung

Die Baugenehmigung ist dauerhaft aufzuheben. Sie gilt als Nachweis für die Legalität des Bauvorhabens und gilt auch zur Vorlage bei anderen Behörden.

Die Baugenehmigung enthält eine Reihe von Nebenbestimmungen, die unbedingt beachtet werden müssen. Daneben gelten noch weitere Regelungen per Gesetz. Im Folgenden wird auf wichtige Hinweise für das Bauvorhaben aufmerksam gemacht.

1. Die Baugenehmigung gilt nicht für Genehmigungen, Zustimmungen und weitere Entscheidungen, die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind. Diese sind unabhängig von dieser Genehmigung einzuholen.
2. Werden entgegen den Angaben in den Bauvorlagen in einem Geschoss Aufenthaltsräume eingebaut, so dass sich dadurch die Gebäudeklasse ändert, kann dies zur Folge haben, dass das Vorhaben nicht mehr der Baugenehmigung entspricht und das Vorhaben rechtswidrig wird.
3. Die für dieses Bauvorhaben erforderlichen bautechnischen Nachweise müssen rechtzeitig vor Baubeginn mit Prüfbericht bzw. mit Eintragungsnachweis in die Liste nach § 65 ThürBO vorliegen. Ergibt sich aus nachträglich erstellten Nachweisen, dass das Vorhaben nicht so ausgeführt werden kann wie es genehmigt wurde, ist das Vorhaben neu zu beantragen.
4. Für die Ausführung der Baumaßnahme sind die gesetzlichen Vorschriften der Thüringer Bauordnung sowie die auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnungen zu beachten.
5. Für die einwandfreie Ausführung der Arbeiten tragen Bauherr und ausführender Unternehmer die volle Verantwortung und Haftung.
6. Die grünen Eintragungen sind bei der Bauausführung genau zu beachten.



7. Für Ihr Bauvorhaben gelten die der Baugenehmigung beigehefteten Auflagen.
8. Die Baugenehmigung, die Bauvorlagen und die technischen Nachweise müssen an der Baustelle von Baubeginn an vorliegen (§ 71 Abs. 7 ThürBO).
9. Der Beginn der Bauarbeiten ist der Bauaufsichtsbehörde mindestens 1 Woche vorher schriftlich mitzuteilen (§ 71 Abs. 8 ThürBO).
10. Die Baugenehmigung erlischt, wenn innerhalb von 3 Jahren nach Erteilung dieser Baugenehmigung mit der Ausführung der genehmigten Maßnahme nicht begonnen, die begonnene Maßnahme 2 Jahre lang unterbrochen oder innerhalb dieser Frist keine Verlängerung beantragt und ausgesprochen wurde (§ 72 Abs. 1 ThürBO).
11. Vor Baubeginn hat der Bauherr der Bauaufsichtsbehörde den für die Bauausführung bestellten Bauleiter schriftlich zu benennen (§ 53 Abs. 1 ThürBO). Ein Wechsel des Bauleiters ist der Bauaufsicht ebenfalls schriftlich anzuzeigen.
12. Wechselt der Bauherr, hat der neue Bauherr dies der Bauaufsichtsbehörde unverzüglich schriftlich mitzuteilen (§ 53 Abs. 1 ThürBO).
13. Für die Dauer der Ausführung des Vorhabens hat der Bauherr an der Baustelle ein Schild, das mindestens die Bezeichnung des Bauvorhabens und die Namen und Anschriften des Entwurfsverfassers und des Bauleiters sowie des Unternehmers für den Rohbau enthalten muss, dauerhaft anzubringen. Das Schild muss vom öffentlichen Verkehrsraum aus sichtbar sein (§ 11 Abs. 3 ThürBO).
14. Öffentliche Verkehrsflächen, Versorgungs-, Abwasserbeseitigungs- und Meldeanlagen sowie Vermessungs- und Grenzmarken sind für die Dauer der Bauausführung zu schützen und soweit erforderlich, unter den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zugänglich zu halten. Zu diesen Einrichtungen gehören auch unterirdische Anlagen.
15. Es wird darauf hingewiesen, dass ordnungswidrig u. a. handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig abweichend von einer Anzeige oder von der bauaufsichtlichen Genehmigung bauliche Anlagen errichtet, ändert, benutzt oder abbricht (§ 86 Abs. 1 Nr. 3 ThürBO), entgegen § 61 Abs. 3 oder § 71 Abs. 6 ThürBO mit Bauarbeiten beginnt oder entgegen § 60 Abs. 3 mit der Beseitigung beginnt oder entgegen § 79 Abs. 2 Satz 3 und 4 eine Anlage benutzt (§ 86 Abs. 1 Nr. 5), die Anzeige nach § 71 Abs. 8 ThürBO nicht oder nicht fristgerecht (§ 86 Abs. 1 Nr. 6), entgegen § 11 Abs. 4 ThürBO keine Vorkehrungen zum Schutz von Baumgehölzen oder sonstigen Landschaftsbestandteilen trifft (§ 86 Abs. 1 Nr. 7), ferner entgegen § 5 Abs. 2 Zu- oder Durchfahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen nicht ständig freihält oder Fahrzeuge abstellt (§ 86 Abs. 1 Nr. 2).
16. Ordnungswidrig handelt auch, wer entgegen einer nach § 88 Abs. 1 Nr. 2 erlassenen Satzung zuwiderhandelt (§ 86 Abs. 1 Nr. 1), ferner, wer wider besseren Wissens unrichtige Angaben macht oder Pläne und Unterlagen vorlegt, um eine nach diesem Gesetz erlassene Verwaltungsakt zu erwirken oder zu verhindern. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 500.000,00 Euro geahndet werden.



# LANDRATSAMT KYFFHÄUSERKREIS



Landratsamt Kyffhäuserkreis Postfach 1165 99701 Sondershausen  
(BV/BA)

Amt

Bauverwaltung

Landkreis Kyffhäuser, vertr.d.d. Landrätin  
vertr.d.d. Landratsamt, vertr.d.d. Landrätin  
vertr.d. Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung  
Markt 8  
99706 Sondershausen

Dienstgebäude

99706 Sondershausen

Markt 8

Auskunft erteilt

Wicke, Ronald

Telefon

741-543

Telefax

741-88601

E-Mail

bauverwaltung@kyffhaeuser.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Geschäftszeichen

Sondershausen,

III.2.2 - 632.2-02300311/28

31.08.2023

## Prüfbericht Nr. 09/2023 zur Prüfung des Nachweises des Brandschutzes

Ausführung der Prüfung gemäß Auftragschreiben vom 31.08.2023 Aktenzeichen: 02300311/28

<b>Bauvorhaben:</b>	Neubau zweizügige Grundschule mit Sporthalle
<b>Bauherr:</b>  Name, Vorname/Firma Anschrift Telefon	Landkreis Kyffhäuser, vertr.d.d. Landrätin vertr.d.d. Landratsamt, vertr.d.d. Landrätin vertr.d. Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung, Markt 8, 99706 Sondershausen
<b>Baugrundstück:</b>  Gemeinde, Ortsteil Straße, Hausnummer Gemarkung, Flur, Flurstücksnummer	Kyffhäuserland OT Bendeleben Burgstraße 3 Bendeleben, 5-311/1
<b>Bauaufsichtsbehörde:</b>	Landratsamt Kyffhäuserkreis Bauverwaltungsamt
<b>Entwurfsverfasser:</b>	DGJ Architektur GmbH Frankfurt am Main
<b>Fachplaner Brandschutz:</b>	Dipl.-Ing. Leonie Rommeswinkel

Dieser Prüfbericht umfasst 2 Seiten.

### 1. Geprüfte Unterlagen:

Hausadresse  
Landratsamt Kyffhäuserkreis  
Markt 8  
99706 Sondershausen

Telefon-Nr. 03632 741-0  
Telefax-Nr. 03632 741-135  
Internet [www.kyffhaeuser.de](http://www.kyffhaeuser.de)  
E-Mail [landratsamt@kyffhaeuser.de](mailto:landratsamt@kyffhaeuser.de)

Bankverbindung  
IBAN: DE58 8205 5000 3100 0059 28  
SWIFT-BIC: HELADEF1KYF

# LANDRATSAMT KYFFHÄUSERKREIS

Aktenzeichen: 02300311

Seite 2 von 2

<input checked="" type="checkbox"/>	Brandschutznachweis / -konzept vom 11.07.2023
<input type="checkbox"/>	Planunterlagen zum Brandschutz
<input type="checkbox"/>	Berechnungen

## 2. Eingesehene Unterlagen:

<input checked="" type="checkbox"/>	Genehmigungsplanung mit Bau- und Betriebsbeschreibung
<input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Brandschutzdienststelle
<input type="checkbox"/>	Verwendbarkeitsnachweis
<input type="checkbox"/>	Prüfzeugnisse

## 3. Rechtliche und technische Grundlagen:

<input checked="" type="checkbox"/>	ThürBO
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonderbauvorschriften
<input type="checkbox"/>	Technische Baubestimmungen

## 4. Prüfbemerkungen:

1.	Den aufgeführten Abweichungen der Thüringer Schulbaurichtlinie Ziffer 3.1, 2.2, sowie vom § 36 Abs. 1 der Thüringer Bauordnung wird zugestimmt.
2.	Keine weiteren Forderungen.

## 5. Prüfergebnis:

Aussage je nach Prüfergebnis	
<input checked="" type="checkbox"/>	Das Bauvorhaben entspricht den Anforderungen des vorbeugenden baulichen Brandschutzes, soweit die Bauausführung nach den unter 1. und 2. aufgeführten Unterlagen erfolgt und die Hinweise und Bedingungen unter 5. beachtet werden.
<input type="checkbox"/>	Das Bauvorhaben entspricht nicht den Anforderungen des vorbeugenden baulichen Brandschutzes.

Wicke  
Ingenieur für Brandschutz

Verteiler  
Planungsbüro  
z. d. A.